

Kein ruhiges Hinterland! (2006)

Aufruf zu antifaschistischen Gegenaktivitäten anlässlich der Demonstration von Nazis in Gütersloh am 25.03.2006

Für den 25. März rufen verschiedene Gruppierungen aus dem Spektrum der „freien Kameradschaften“ zu einer Demonstration in Gütersloh auf, die unter dem Motto „Gegen linken Mainstream. Für nationale Jugendzentren“ steht. Als OrganisatorInnen treten das 'Aktionsbüro Westdeutschland' um Axel Reitz und die 'Kameradschaft Gütersloh' auf. Wir, unabhängige AntifaschistInnen und Gruppen aus der Region rufen an diesem Tag zu Gegenaktionen in Gütersloh auf.

Warum demonstrieren die Nazis in Gütersloh?

Die Nazis empören sich in ihrem Aufruf, dass ihr Staat, nämlich der Deutsche, sich nicht zu Genüge um den nationalen Nachwuchs kümmere. Sie fordern „*Perspektiven*“ für „*die deutsche Jugend*“. Sie beklagen „*ausländische Jugendbanden*“ und „*gewaltbereite Linksextremisten*“ hätten sich, wie in der ganzen BRD, auch in Gütersloh eine Zone geschaffen in der sie frei agieren könnten. Auch beklagen sie, dass zerstörte Sozialstrukturen und der Egoismus vieler Menschen zu sozialer Kälte geführt hätte. Sie fordern deshalb ein nationales Jugendzentrum in Gütersloh in dem eine „*verantwortungsvolle Jugend- und Sozialarbeit*“ stattfinden soll, die „*der orientierungslosen Jugend*“ eine neue Perspektive öffnen soll. Das ist der Inhalt des Nazi-Aufrufes. Wem der Inhalt bekannt vorkommt, der irrt nicht: diese Forderungen und Anklagen könnten genauso, vielleicht mit geringerer nationaler Schärfe, bei jeder Sonntagsrede von bürgerlichen PolitikerInnen geäußert oder am nächsten Montag als LeserInnenbrief in der Tageszeitung veröffentlicht werden.

Von Nazis und Demokraten

Was kann also falsch an diesen Forderungen und Anklagen sein?

Eine Perspektive in dieser Gesellschaft bedeutet nichts anderes, als dass man seine Nützlichkeit für Kapital und Nation steigern kann, dass man sich auch nützlich machen darf für diesen Laden. Hier soll sich die/der Einzelne für ein Ganzes aufopfern. Es sollen gerade die eigenen Bedürfnisse hinter denen des Staates (dessen Bedürfnisse mit denen der Einzelnen als identisch idealisiert werden) zurückgestellt werden. So erscheint die Nazi-Ideologie als ein übersteigertes normal-staatsbürgerliches Bewusstsein. Der demokratisch-bürgerliche Staat setzt gerade darauf, dass seine Untertanen ihre jeweils eigenen Interessen bis zu einem gewissen Grad gegeneinander verfolgen. Durch die Konkurrenz untereinander soll sich Effizienz einstellen. FaschistInnen verlangen hingegen, zumindest ihrer Ideologie nach, die totale Unterwerfung der/des Einzelnen unter die Ziele der als gefährdet gesehenen Nation. Der Wille, den deutschen Staat für die globale Konkurrenz der Nationalstaaten fit zu machen, sollte die Nazis eigentlich mit der bürgerlichen Mitte versöhnen. Denn auch hier geht es darum das Staatsvolk der BRD zur besseren Verwertung zuzurichten und zu sortieren. Was Nazis und BürgerInnen dabei trennt ist die Wahl des Mittels: Während erstere eine härtere Gangart einschlagen wollen um das Objekt ihrer Zuneigung, nämlich den Staat, aus der Krise zu erretten, begnügen sich die anderen mit Maßnahmen wie beispielsweise nach der Einführung von 1€-Jobs, zynischer Weise noch damit begründet, dass Arbeitslose auch eine Chance haben sollten zum so genannten Gemeinwohl beizutragen.

„Linksextremisten“, wie sie im Nazi-Aufruf erwähnt werden, stellen ein Feindbild für Nazis und die bürgerliche Mitte dar. Von Ersteren werden sie sogar als ein Hindernis bei ihrem Projekt gesehen, den deutschen Staat nach vorne zu bringen, da sie als ein die Volksgemeinschaft zersetzendes Element beurteilt werden. Ihr Inter- und Anti-Nationalismus macht die Linke aus Nazi-Sicht des Vaterlandsverrats verdächtig, nicht zufällig wird sie von ihnen als Teil einer globalen Verschwörung gegen das deutsche Volk gesehen.

Rassismus in allen politischen Lagern

Auch in der „Ausländerpolitik“ bedienen sich Nazis und BürgerInnen unterschiedlicher Arten der Sortierung und der Konstruktion des „Fremden“. Erstere wollen die rassische und ethnische Reinheit ihres Volkes gewährleistet sehen. „Volksfremd“ ist jeder Mensch, der nicht genetisch oder kulturell in die Volksgemeinschaft passt. Hierbei fallen im Weltbild der Nazis so genannte „Ausländer“ natürlich heraus: sie sind, ihrer völkischen Ideologie nach, allerhöchstens für den von Nazis gewünschten „Volksstaat“ zu verwerten, aber nicht in die Volksgemeinschaft einzugliedern, die von dieser Verwertung profitieren soll. Für gewöhnlich sortieren bürgerliche Staaten anders: Bleiben darf jeder mit dem richtigen Pass oder mit einem gewichtigen Grund (dass sie/er sich also verwertbar mache für die GastgeberInnen). Rassismus zeigt sich aber nicht nur in solch einer Zweckrationalität. So ist heute häufig die Rede von „Menschen mit einer anderen Kultur“, eine Chiffre für vermeintliche Nicht-Deutsche. Hier wird von festen und eindeutigen „Kulturkreisen“ und „Mentalitäten“ ausgegangen, die für ganze Gesellschaftsformationen oder Nationen widerspruchsfrei gültig und verbindlich sind. Dem liegt ein Kulturbegriff zu Grunde, der Kulturen als statisch und unveränderbar auffasst. Eine Variante davon ist der besonders in linksalternativen Zusammenhängen weit verbreitete Positiv-Rassismus, der der kulturrassistischen Variante in nichts nachsteht. Er drückt sich aus in „Afrika-Abenden“, Karneval der Kulturen und ähnlich „bunten“ Veranstaltungen. Die Inszenierung von Differenz zwischen „uns“ und „denen“ entspringt der bürgerlichen Auffassung, die Welt sei schon seit je her in Nationalstaaten und Völker geteilt.

Was viele deutsche RassistInnen eint ist ihre Zuneigung zum deutschen Staat, ob nun Deutsches Reich oder BRD, ihr Nationalismus. Was sie trennt sind ihre verschiedenen Arten diese Gefühle zu zeigen und zu begründen. Teile der Rechten bemüht ein Bekenntnis zur „abendländischen Kultur“, Nazis berufen sich auf die „Schicksalsgemeinschaft Volk“ und der Rest der Gesellschaft mobilisiert sich gegenseitig mit einem „Du bist Deutschland“ zu neuen Höchstleistungen und alle fiebern gemeinsam dem Finalsieg der deutschen Nationalmannschaft bei der kommenden Fußballweltmeisterschaft entgegen.

Und immer noch: No Love for the Nation! Mit Deutschland Schluss machen!

Diese Liebe zum Staat teilen wir nicht. Wir wollen uns nicht für das Projekt Deutschland opfern, wir haben eigene Pläne, und die liegen jenseits einer nationalstaatlich verfassten Welt. Und auch jenseits einer Gesellschaft, die in ihren Mitteln zwar höchst rational ist, aber deren Zwecke nicht vernünftig sind, da sie nicht zum Ziel hat, die Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen. Unter den Bedingungen einer kapitalistischen Gesellschaft mag die Anhäufung von Geld und die Ausbeutung fremder Arbeitskraft zwar höchst rational erscheinen, einer radikalen Kritik unterzogen stellt sich jedoch heraus, was für ein Unsinn so ein System ist, gemessen an der Möglichkeit, die Mittel der Produktion tatsächlich für die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse einzusetzen.

Diese Perspektive unterscheidet sich sowohl von bürgerlicher, als auch von faschistischer Ideologie. Und das ist auch der Grund, warum FreundInnen einer befreiten Gesellschaft von beiden Lagern als „Linksextremisten“ denunziert werden. In diesem Vorwurf steckt nichts weiter, als das Lob der goldenen Mitte einer Gesellschaft, in der eine rassistische Abschiebepolitik tagtägliche Realität ist, in der Menschen in kriegerischen Auseinandersetzungen aufeinander gehetzt werden, in der tagtäglich Menschen verhungern, alleine weil ihre Arbeitskraft auf dem Weltmarkt keinen Preis erzielt. Das ist die kapitalistische Realität, die mit dem Vorwurf des politischen Extremismus verteidigt und gegen eine radikale Kritik immunisiert werden soll.

Der Extremismusvorwurf ist gewöhnlich auch die Ausrede, mit der sich BürgerInnen um eine inhaltliche Auseinandersetzung gerade auch mit diesen Nazis herumzudrücken versuchen. So inhaltsleer sieht bürgerliche Kritik an Nazis aus: Sie seien dumm, ungebildet und hässlich, ewig Gestrige, hätten schon einmal den Staat in den Ruin getrieben, und so weiter und so fort. Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit ihren Positionen findet nicht statt, sie ist sogar mit Tabus belegt und wird noch mit praktischen Erwägungen, wie der, dass den Nazis so eine Aufmerksamkeit zu Teil würde, die sie nicht verdienten, unterbunden. Man könnte hier auf die Idee kommen, dass man sich deshalb mit einer inhaltlichen Kritik zurückhält, weil es strukturelle Gemeinsamkeiten in der Argumentation gibt. Mit dem Nazi-Aufruf kam der Extremismusvorwurf jedoch aus einem anderen politischen Lager, womit die Nazis nur deutlich machen, wo sie sich selbst gern sähen: in der Mitte der Gesellschaft.

Mit dieser Mitte können wir wenig anfangen. Wir meinen, dass eine Linke die sich ihrer Inhalte berauben lässt, zur Handlungsunfähigkeit verdammt ist. Auch deshalb ist eine antifaschistische Politik, die Rücksicht nehmend an der Kritik der bestehenden Zustände spart um „bündnis- und anschlussfähig“ zu bleiben, zum Scheitern verurteilt.

Nazis gibt's in jeder Stadt...

Die zivilgesellschaftlichen Bemühungen, die Aufmärsche der Neonazis als „von Außen“ gesteuerte Versuche der Etablierung faschistischen Gedankenguts in ihrer Kleinstadtidylle zu erklären, wirken auch schon deshalb lächerlich, da ein beträchtlicher Teil der Nazis keinen langen Anreiseweg haben wird. Die Nazis müssen um Themen für ihre Aufmärsche zu finden auch nicht „Mein Kampf“ gelesen haben: es reicht das Studium einer Tageszeitung. Ihr Rassismus ist nicht ein Produkt Adolf Hitlers und des deutschen Reichs, er ist Produkt dieser Gesellschaft und dieses Staates. Die faschistische Ideologie hat bürgerlich-kapitalistische Verhältnisse gerade zur Bedingung.

Deshalb ist ein revolutionärer Antifaschismus notwendig. Faschismus zu bekämpfen bedeutet seine Grundlagen zu bekämpfen, das Problem an der Wurzel zu packen. Das heißt nicht, dass das Ringen mit den bestehenden Zuständen alleine nötig wäre, weil sie Faschismus hervorbringen können. Für alle sich als emanzipatorisch verstehende Linke ist die Kritik und der Kampf gegen alle „Verhältnisse in denen der Mensch ein geknechtetes, ein misshandeltes, ein verächtliches Wesen ist“, d.h. gegen jede Herrschaft von Menschen über Menschen, unerlässlich. Deshalb reicht uns weder ein „Aufstand der Anständigen“, noch können wir die bürgerliche „Ignorieren ist das Beste“-Politik gutheißen.

Denn Aufmerksamkeit verdienen Nazis durchaus, meinen wir. Schließlich gehen auf ihr Konto eine erhebliche Anzahl rassistischer und politisch motivierter Morde und andere Übergriffe. Eine solche Bedrohung macht eine organisierte Form der offensiven (Selbst-)Verteidigung notwendig. Dem Staat die Bekämpfung von FaschistInnen zu überlassen hieße den sprichwörtlichen Bock zum Gärtner zu machen. Dem bürgerlichen Staat und seinen jubelnden Fans das „antifaschistische“ Bekenntnis zur Nation zu vermiesen, scheint uns auch angebrachter, als noch ein Lob zu erteilen, weil einige faschistische Organisationen verboten wurden oder zumindest ein Verbot angestrengt wurde. Die Wirkung solcher Verbote und „Anti-Extremismus-Kampagnen“ ist ohnehin zweifelhaft und vorallem zweischneidig. Denn eine Menge der Einschränkungen die dort für eine politische Betätigung getroffen werden, werden mit einer Bedrohung durch die Rechte begründet und gegen Linke angewandt. Sie dienen im Weiteren nur dazu, den Schein aufrecht zu erhalten, man hätte „aus der Geschichte gelernt“ - die eigentlich notwendige Konsequenz, nämlich die Bedingungen faschistischer Herrschaft zu beseitigen wurde aber nie gezogen.

Für eine herrschaftsfreie Gesellschaft - Naziaufmarsch zum Desaster machen!

<http://hinterland.tk>